

ion in Paris protestiert. Morgen führt eine Abordnung des
Königlichen Rates, des preussischen Ministers, des
Innen- und des Justizministers nach Polen zur Rege-
lung der Beamtenfrage. Es ist Aussicht vorhanden, die
Vogelmerkmale zu mildern. Zwangsmaßnahmen auf
wirtschaftlichem Gebiet erübrigen sich, weil wir schon die
Zusatz gepostet haben, da Polen keine wirtschaftlichen
Verpflichtungen nicht erfüllt hat. Die Abschaffung
Dreizehens müssen wir durch Verbesserung
der Steuerbindungen verhindern. Niemand
weiß, wie die Dinge im Osten sich gestalten werden. Polen
muss auch mit Rücksicht auf die meisten Deutschen in seinen
Grenzen wenigstens ein erträgliches Verhältnis zu uns inne-
halten. Die Regierung wird alles tun, Österreich wirt-
schaftlich und administrativ dienliche Geschäftsbildung zu ge-
währen, die es befeuern kann. Geistlich und moralisch
müssen wir mit den Christen in aller und völler Ge-
meinschaft leben.

Hg. Wolf (Soz.) schildert aus eigenem Erlebnis die
Schicksale der polnischen Soldaten und Beamten
im polnischen Kavallerie.
Hg. Hoff (Soz.) wünscht, dass die Unter-
händler mit den Polen etwas weniger Jagdbegierde zeigen
würden. Das könne mit dem etwas vertriehen Geiste im
Königlichen Amt zusammen. Die Polen betrachten dem-
gegenüber die Verhandlungen nicht vom sachlichen, sondern
vom politischen Standpunkte.

Hg. Dr. Heßler (Ztr.) Die Polen täten gut daran,
sich allmählich an die Bestimmungen des Vertrages zu ge-
wöhnen, die auch für sie bindend sein werden, also nicht nur
an den Paragraphen 89, sondern auch an den Paragraphen
96 und bezüglich der Transitverkehr auch an den Para-
graphen 93. Anstelle des Rechts ist im Osten die Pflicht
anzutreten, und das ist doch für den Ansehen des Obersten
Rates und des Rittersbundes nicht eben befriedigend. Die
Abschaffung der Militär läge auch im Interesse der Polen
selbst. Für die Forderungen und Bedürfnisse Österreichs
muss in dem preussischen Gesamtministerium eine Zentral-
stelle geschaffen werden. Der Gesamtverkehr nach Ostpreußen
muss ausgebaut werden und subventioniert werden. Die
Verhältnisse Schamers in London, die Preisbedingungen
betreffend den Getreide, zu unsern Gunsten umgestal-
tern, müssen untersucht werden. Das ist auch für die Be-
stimmungen richtig. Das polnische Parlament hat ja schon
beschlossen, eine tätige Intervention einzutreten zu lassen,
wenn die polnischen Kommissionen sich zu schwach zeigen, die
preussische Kommissionen zu stärken.

Hg. Graf v. Dohna (D. Bot.) Dem Minister sind wir
dankbar für seine Anfründung, energischer Maßnahmen,
hätten aber vielleicht eine etwas schärfere Sprache gewünscht
gegenüber dem brutalen Nachdruck der Polen.

Hg. Schultze (Ztr.) wendet sich besonders ge-
gen die Ausführung des Abgeordneten Hoff, der die
heutigen Schmeicheleien mit Polen auf preussische
Polenpolitik und die Verhältnisse zurückgeführt hatte. Man
müsse Leute zu den Verhandlungen nach Warschau schicken,
die von den Dingen etwas verstehen. Unsere Auslands-
politik müsste in Bismarcks Geiste geführt werden.

Reichsminister Dr. Köller: Gegenüber einer Bemerkung
des Abgeordneten Heßler ist gesagt, dass eine der
sechs Abteilungen des Auswärtigen Amtes
für den Osten bestimmt ist und eine von deren Abteilungen
für Polen. Sonderabmachungen mit Polen existieren
nicht, die die Polen herbeiführen, uns Schützen zu machen.
Das ist nicht die Sache. Wenn wir hier aber Polen-
landspreise herabsetzen, so geschieht das aus praktischen Rück-
sichten, um Schiebungen unmöglich zu machen.

Reichsanwalt Müller: Der Abgeordnete Schulz ist noch
in dem Gebankentriebe von vor 40 bis 50 Jahren befangen.
Die fremden Diplomaten sind heutzutage
auf seine Forderungen. Der Minister des Äußeren soll
durch seine Persönlichkeit und seine Politik Vertrauen im
Auslande erwerben, und dazu scheint mir doch Herr Köller
genötigt. (Beifall.)

Hg. Senke (L. S.) Herr Köller hat gestern sehr
nationalistische Töne angedeutet. Die Politik der Polen ist
eine Frucht der Politik der Rotten. Die heutigen
Minister sind inwieweit noch besser, als die der alten Ära.
Die Arbeiterschaft wird mit den Besen dieser Ära auf-
räumen.

Damit schließt die Besprechung.
Es folgt die dritte Beratung betreffend Verlängerung
von Potenzen und Gebrauchsmineralen. Der Entwurf wird
ohne Aussprache erledigt.

Zweite Beratung des Entwurfes eines Reichsausgleichs-
gesetzes.

Hg. Schneider-Franke (D. Bot.) Wir wollen
diesen Ausleih annehmen, aber keinen Präzedenzfall für

ähnliche Besetzungen schaffen. Sie haben keinen richtigen
Ermittelungsmaßstab für das Vermögen. Das Papiergeld
ist ein solcher Maßstab nicht.

Regierungseitig wird erklärt, daß alsbald dem Hause
ein Steuerentwurf vorgelegt wird, welches
die Wertsteuergewinne betreffen,

aber nicht als Sonderbesteuerung, die über den Rahmen der
übigen Steuererträge hinausgeht.

Ohne erhebliche Ansprüche und mit unerheblichen Ab-
änderungen wird der Gesetzentwurf erledigt. Ebenso in
dritter Lesung.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfes eines Be-
stimmungs- und Verwaltungs-
gesetzes.

Das Gesetz wird auch in dritter Lesung angenommen.
Außer der Tagesordnung kommt sodann noch zur Be-
ratung ein Antrag des Hausparlamentes betreffend Aus-
zahlung der vereinigten

**Teuerungszuschläge für die Eisenbahnarbeiter
und Verwaltungsarbeiter,** die zwischen der preussischen
Eisenbahnverwaltung und den Eisenbahnbetriebsorganisa-
tionen besteht, worden sind. Eine entsprechende Ent-
schädigung soll für die bisherige Ausgabe der Verwaltung er-
teilt werden. Es handelt sich zunächst um einen Betrag
von 2% Millionen.

Reichsfinanzminister Wirth: Die finanzielle Tragweite
ist außerordentlich groß für das Reich. Der Reichsminister
dieses Antrages auf uns zu nehmen. Die Reichsbe-
stimmungsordnung wird zunächst sich darauf aufbauen müssen.
Die Verhandlungen über einen Reichsbeitrag mit den
Eisenbahnarbeitern beginnen in den nächsten Tagen.
Die Eisenbahnarbeiter brauchen eine Beschäftigung nicht zu
fürchten. Die Anerkennung der Streiks ist mit dem
demokratischen Gedanken nicht vereinbar. Mit dem
Verwenden dieser Zuschläge wird allerdings die Finanzge-
barung des Reiches auf lange hinaus auf das empfindlich-
ste beeinträchtigt. Ich werde über unsere finanzielle Lage
anfangs nächster Woche sprechen.

Hg. Böhme (D. Bot.): Wir befinden uns in einer
Spannungslage. Wir können es zu
Reichsminister Dr. Köller: Die Forderungen
der Arbeiter werden nicht erfüllt. Die Forderungen
des preussischen Ministers für öffentlichen Arbeiten und des
Reichsministeriums für die Eisenbahnen sind nicht
erwartet, aber, daß diese Streikandrag die
letzte war, und daß die Arbeiter ihre ganze Kraft in den
Dienst des Vaterlandes stellen.

Der Antrag wird angenommen.
Morgen 1 Uhr: Reichsausgleichs- und Reichspräsidenten-
wahlgesetz.
Schluß 8 1/2 Uhr.

Preussische Landesversammlung.
30% Milliarden für die preussischen
Eisenbahnen.

Bezieh. 21. April. 184. Sitzung. 12 Uhr mittags.
Der Entwurf zur Abänderung von Vorschriften des Ge-
meindeabgabengesetzes geht an den Gemeindevorstand.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über
den Staatsvertrag zwischen Preußen und dem Reich über die
Abtretung der preussischen Staatseisenbah-
nen aus dem Reich.

Reichsanwalt Müller-Charlottenburg (Deutsch-Dem.):
Es handelt sich hier um die wichtigste Verträge, die die
Landesversammlung bisher zuging. Die Behauptung, daß
Preußen damit einen Betrug auf die Taschen des Reiches
mache, widerspricht den Tatsachen. Es muß berücksichtigt
werden, daß in dem Kaufpreis von 30% Milliar-
den zugleich der Betrag aller Aufwendungen steht, die Preußen
während des Krieges mit der Militärtransporten für
das Reich gehabt hat. Der Ausschuss empfiehlt die unver-
änderte Annahme des Vertrages.

Die Beratung beginnt mit der Begründung einer
förmlichen Anfrage der Demokraten durch den Hg. Niebel-
Charlottenburg, ob die bei der Neuordnung der Eisen-
bahnenverhältnisse zugrunde gelegten privatrechtlichen
Grundzüge auch auf weitere Zweige der Bahnverwaltung
und andere Staatsbetriebe zur Steigerung ihrer
Produktivität und Wirtschaftlichkeit An-
wendung finden könnten, und die künftigen Verhand-
lungen zwischen dem Reich und den Eisenbahnen bei
Überführung der Bahnen in den Reichsbetrieb nicht die

technische und wirtschaftliche Berechnung unseres Ver-
kehrsplans zu hemmen drohen. Jede Hinauszögerung der
Verreichlichung der Bahnen würde zugleich ein Hinabschie-
ben der großen Reorganisationsarbeiten mit sich bringen.

Hg. Bizerier (Ztr.) beantragt, den Landes-
eisenbahnrat zu einem Wirtschaftsausschuss auszu-
gestalten und nach einer entsprechenden Ausgestaltung der Be-
ziehungen für die einzelnen Wirtschaftszweige des
Staates herbeizuführen. Für das Aufgebot muß der
Hr. Vorstandsleiter nach Berliner Muster eingeführt
werden.

Hg. Bornemann-Nagelberg (Soz.): Obwohl wir in den
Einzelheiten des Vertrages manches anders gewünscht
hätten, begrüßen wir ihn doch mit großer Freude.

Hg. Schmieding (Ztr.): Der Preis von 20% Milliar-
den ist durchaus angemessen. Die Nebenleistungen Einzel-
heiten müssen zurücktreten hinter dem großen Ziel der
Vereinigung.

Hg. Seemann (Dn.): Die Mehrheit meiner Freunde
hat sich trotz aller Bedenken zur Annahme der Vorlage ent-
schieden. Wir beantragen, daß die Regierung wieder dahin
wirken soll, die hängige Tarifkommission zu einem
Beschluß über die Reichsorganisationsausgestaltung
zu bringen, in dem Preußens Einfluß durch seine entsprechende Stim-
menzahl gesichert wird. Parlament, Landesparlament und
Wirtschaftsverbände sollen je ein Drittel der Stimmen
haben, ebenso ist der Landesparlament zu gleichen, nach-
dem er durch Mitglieder der Landesverwaltung ent-
sprechend ergänzt ist. Die Kleinbahnbeamten dürfen bei
der Verreichlichung der Staatsbahnen nicht geschädigt
werden.

Hg. Ganssch (D. Bot.): Es ist bedauerlich, daß das
Parlament nicht bei den Vertragsverhandlungen befragt
wurde. Ebenso hätten die Wirtschaftsverbände befragt
werden müssen. Für sehr unglücklich halten wir es, daß das
Eisenbahngesetz mit dem Schlußbericht des Reiches ver-
knüpft wird. Wir beantragen, die Verfassung über den
Vertrag auszusagen, bis es im Wege der Verhandlungen ge-
lungen ist, den Paragraphen 8 die Fassung zu geben, daß die
Eisenbahnen einen unüberwindlichen und unerschütterlichen
Befehl des Reiches darstellen. Sollten Sie den Antrag ab-
lehnen, so werden wir dem Entwurf gleichwohl, wenn auch
schweren Herzens, zustimmen.

Minister Dr. Köller: Die Reorganisation der
Eisenbahnen wird nicht durch die Berech-
tigung nicht aufgehoben werden. Die Aufstufung der Bahn-
betriebe werden Wirtschaftliche Gesichtspunkte werden
mitzubedenken sind. Die Ministerien der
künftigen Gesamtorganisationen konnten nicht in dem Ver-
trag festgelegt werden. Das muß nach ruhigen Zeiten
überlassen. Nach politischen Gesichtspunkten wird die Or-
ganisation nicht erfolgen, sondern nach wirtschaftlichen
und betrieblichen. Die Eisenbahnbetriebe werden
auch in der Zukunft von hoher Bedeutung sein. Die Auto-
nomie in Eisenbahnen wird davon abhängen, inwieweit
der Reichstag bereit sein wird, auf sein Gesetzrecht vollständig
aufzugeben zu verzichten. Die Reichsregierung wird
den Vertragsbestimmungen treuhaft auf eine Aufgabe
des Gebanens der Eisenbahnanomie also nicht zu
stehen. Nach der jetzigen Fassung des Paragraphen 8
bezieht das Reich zur Veräußerung und Verpändung der
Bahnen der Zustimmung der Landesregierungen. Hierüber
braucht man nicht hinausgehen. Es wäre sehr bedenklich,
bewegen die Annahme des Vertrages zu verzögern. Von
einem Rückzug Preußens gegen das Reich kann keine Rede
sein. Nicht um ein Geschäft zu machen, sondern aus reinen
nationalistischen und großen politischen Gesichtspunkten muß
Preußen seine Bahnen hergeben. Viel bedauerlicher als
der Kaufpreis sind die künftigen Ausgaben für Personal
und Material. Ein Fortwurz wegen mangelnder Finanzierung
des Reiches von der Regierung nicht gemacht werden.
Sie hat den parlamentarischen Ausschuss alles einschlägige
Material zur Kenntnis gebracht.

Hg. Niebel-Charlottenburg (Dem.): Auch wir haben es
für richtig, daß die Verreichlichung und Organisation der
Eisenbahnen nicht einseitig erfolgt.

Hg. Baul Hoffmann (L. S.): Den Zentrumsantrag
betreffend den Landesparlament beantragen wir dahin zu
ergänzen, daß die Arbeiter und Beamten mindestens zu
einem Drittel auf Vorhölten der Gesamtheit in diesem
Rat vertreten sein müssen. Im Vernehmverehr müßte eine
entsprechende Regelung getroffen werden.

Der Antrag wird unverändert in zweiter und dritter
Lesung angenommen. Gegen ihn in ganzen gegen die Stimmen
vereinzelt Denkartinaler.

Einmütig wird die Befreiung für die Abgeordneten im
ausnen Reiches verlangt.

Urband von der Politik.

Von
Professor Dr. Arthur Liebert.

Wohlige Gedanken, wie sie in diesem
Ausfah des vorrätigen Berliner Philo-
sophen Arthur Liebert ausbrach, werden
nicht, die die Reinkünftler unter den heutigen
Verhältnisse bekräftigt. Den Grundge-
danken dieses Aufsatzes sollten alle be-
zweigen. Die Welt.

Von diesen Seiten erheben sich ernste und beachtens-
werte Stimmen, die alles Heil für die Zukunft von der zu-
nehmenden oder völligen Verfallung unseres ganzen Den-
kens und Handelns, von der reinlichen Einstellung nicht eigent-
lich auf die Politik, aber doch wenigstens auf politische
Bildung erblicken. Sie sehen die Ursache für den Tiefstand
unseres kulturellen, nationalen und wirtschaftlichen Lebens
in dem Mangel einer wirklichen politischen Erziehung und
Bildung, in der Unvollkommenheit unseres Verhältnisses
für politische Bedürfnisse und Entwicklungsbedürfnissen, in
unserer fehlenden Mündigkeit für die nächsten Anforderungen
und Realitäten der konkreten gesellschaftlichen Beziehungen
und Dagen. Nicht wenige von ihnen sprechen dem deutschen Geist
ab, und sie lassen Verfassungen wie den großen Friedrich,
Kreuzer von Stein, Bismarck als merkwürdige Zu-
sammenstellungen auf. Die milderen Beurteiler wollen in
dem Gefühl des politischen Schicksals eine Art von Vor-
geschichte des heutigen Weltens erblicken, dem sie, wie wir
ebenfalls, einen Rückgang in einen goldenen
Süden mit dem Titel: „Die politische Mission“ getan
hat, die Aufgabe überweisen, der Welt überhaupt die Er-
lösung von der Politik und den ewigen politischen Kanne-
stereotypen zu bringen.

Man: Das ist wohl richtig, daß, ebenso wie der heutige
Zustand der von seinem politischen Geiste erfüllten, „guten,

alten Zeit“ unbillich vorüber ist, auch der „Los von
der Politik“ zum mindesten als nicht ganz zweckmäßig und
als allzu verträglich gelten muß. Jede Saite auf der Leiter
des menschlichen Lebens muß einmal klingen; jede Bewe-
gung, die einmal angebrochen hat, ihren Weg laufen, bis
sie sich müde oder tot gelassen hat. Angles und unter-
ständig, sich ihr entgegenstellen wollen. Die geschichtlichen
Gebilde nehmen ihren Gang und gehen ihre Straße mit
Schicksalsbestimmtheit.

Als wir jedoch vor einigen Tagen wieder das Glück zu-
te ward, die Reichsthat der Gegenwart auf meine zer-
störten Nerven einwirken lassen zu können, besonders aber
als ich auf der höchsten aller irdischen Berufenen den
überwältigen Reflex des Wirtens hinaussah, da kam
mir in die Höhe von etwa 1000 Metern ein stürzender
Gedanke. Mit abstrakter Vollkommenheit ließ ich den Blick über
die ungeheuren Weiten der Berggipfel und Hochalpen-
regionen gleiten, um ihre Größe und Ruhe in mich hineinzu-
wirken, um ihre Ausmaße innerlich nachzuwerden und in
ihre Einheit mich einzufügen. Deutlich empfand ich, wie
meine Seele das Leben in der Großstadt fast ganz abge-
töten würde. Und was man hier als einen hohen ge-
hörigen Geist mit überzeitlicher Einbildung ausübt, wieder
anzunehmen begannen. Und ich fühlte mich um so freier und
frischer, je mehr ich mich in die Großartigkeit der Hoch-
gebirgswelt verlor. Unwillkürlich dachte ich zurück an die
wie mit Hochspannung getriebene, jeden Augenblick zur Gefahr
einer Explosion neigende Stimmung, die jetzt in meinem
lieben Vaterlande alles Lebensbegehren strömt; ich dachte
aus meiner heillosen und Erbreichen Geborgenheit an die
größliche Wirtens der politischen Lebensarten. Immer
höher lag der Bogen der Visionen, immer mehr
legte sich das Gefühl der Zugehörigkeit zu dem politischen Ge-
brodel, daß für mich eine immer wesentlicher werdende Gestalt
annahm.

In dieser Gemütsverfassung stieg in mir der Einfall auf,
was es wohl für eine Folge haben könnte, wenn bei Ge-
legenheit einer politischen Versammlung oder einer gerade
rechtzeitigen Aussprache in einer der versammlunggebenden

Körperschaften sich eine Kriesehand unter alle Anwesenden
schoben, die aus dem Dunst der politischen Atmosphäre
herauszusehen und so auf eine der Höhen des Wirtens oder
überhaupt auf eine Berggipfel absehen würde. Eine solche
Umsetzung würde wohlsein. Überleben von der körperlichen
Anfrischung würde auch der Geist sich mit einem Erlebnis
erfüllen, das für die Befähigung mit den Fragen der
Politik vollständig wirken würde. Denn die große Bedeu-
tung dieser Fragen ohne weiteres zugehen, in töne hoch
der Bedacht stehen, ob wir diese Dinge nicht allzu ge-
wichtig nehmen. Man muß auf ihre Behandlung einen Ernst,
eine Umfah, alle Kenntnisse verwenden, die man nur immer
aufbringen kann: Es ist doch auch notwendig, sich um eine
gewisse Distanz zu ihnen zu bemühen. Wir stehen in der
Gefahr, das Augenmerk zur Überschätzung der politischen An-
legenheiten zu verlieren und dem Staat, seinem Wohl und
Wehe einen Tribut zu zahlen, der uns schließlich auch fest-
lich zu Betteln machen muß. Schließlich sind Staat und
Politik doch auch nur Einzelformen innerhalb der Gesamt-
verfassung der gesellschaftlichen Wirklichkeit, und man soll
diesem nicht tadeln, die neben ihnen auch noch andere Götter
anerkennen.

Ruh muß es gewiß nicht gleich die Welt der Hochge-
birge sein, die jene weltweite Erhebung von der gar zu
ausgeschlichen Eingabe an die Probleme des Staates und
des politischen Lebens ermöglicht. Es kann auch eine schlichte
Natur sein, je nach dem Temperament des einzelnen; es
kann auch die Kunst sein, oder was sonst immer die
Kraft in sich trägt, uns eine Erfahrung von der Politik zu
gemähren. Eine solche relative Anwendung von ihr kann
geradezu zu einer politischen Forderung werden, weil sie
eine Erhebung und Befreiung der politischen Wirklichkeit in sich
schließt, wie wir in auch sonst durch eine Zustimmung
oder durch die Befähigung mit anderen Dingen mit neuer
Energie für unsere gewöhnlichen Arbeiten leben. Doch
selbst wenn dieser Erfolg nicht eintreten würde, so sollten
wir doch nicht allzu traurig sein. Es ist völlerst wert-
lich an der Welt, darauf hinzuwirbeln, daß es zwischen Himmel
und Erde noch andere Aufgaben und Pflichten, noch andere

